

Gemeinde Am Mellensee

Der Bürgermeister

Verwaltungsvorlage

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Amt/Aktenzeichen Kämmerei	Datum 02.06.17	Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)
------------------------------	-------------------	--

Beratungsfolge:	Sitzungstermin:
Finanz-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss	28.06.2017; 27.11.2017
Gemeindevertretung	16.08.2017
eingebracht von: Steueramt	

Betreff:

Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Am Mellensee

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Am Mellensee beschließt die Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Am Mellensee.

Beratungsergebnis:

Gremium Gemeindevertretung Am Mellensee						Sitzung am: 13.12.2017	TOP:
<input type="checkbox"/> Ein- stimmig	<input type="checkbox"/> Mit Stimmen- mehrheit	Anwe- send	Ja	Nein	Enthaltg.	<input type="checkbox"/> Laut Beschlussvor- schlag	<input type="checkbox"/> Abweichender Beschluss
Vermerk wegen Mitwirkungsverbot (§ 22 BbgKVerf.)							
Beschluss-Nr. / /							
Schriftführer						Vors.d.Gemeindevertretung	

Problembeschreibung/Begründung

Bei der Zweitwohnungssteuer handelt sich vorliegend um eine reine Kommunalsteuer, die auf der Grundlage einer kommunalen Satzung und unter Zugrundelegung des Kommunalabgabengesetzes erhoben wird.

Die Zweitwohnungssteuer ist eine Aufwandsteuer, d.h. es soll derjenige belastet werden, der sich den Aufwand leisten kann, zwei Wohnungen für den persönlichen Lebensbedarf (oder den seiner Familie) vorzuhalten.

Zweck einer Zweitwohnungssteuer ist es, die Inhaber von Zweitwohnungen in einem angemessenen Rahmen an der Finanzierung der von der Gemeinde Am Mellensee bereitgestellten Infrastruktur sowie am örtlichen Sozialprodukt zu beteiligen.

Für die Gemeinde wurde die erste entsprechende Satzung bereits im Jahr 2004 beschlossen. Seither gibt es eine Reihe von Rechtssprechungen, die es erforderten die Satzung inhaltlich zu überarbeiten und klarstellende Regelungen aufzunehmen. Die Änderungen sind in der Anlage Synopse dargestellt.

Zur Zeit werden in der Gemeinde Steuereinnahmen in Höhe von ca. 2.000,00 € erzielt. Die Verwaltung schätzt, dass sich aus den Veränderungen der neuen Satzung ein finanzieller Mehrertrag in Höhe von 10.000,00 € ergibt.

Finanzielle Auswirkungen
☒ Ja ☐ Nein

Produkt
611.01

Veranschlagung

im Ergebnisplan

☒ Ja, mit 2.000,00 €
☐ Nein

im Finanzplan

☒ Ja, mit 2.000,00 €
☐ Nein

Gesamtkosten der Maßnahmen
(Beschaffungs-/Herstellungskosten)

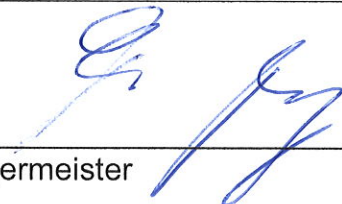
€

Jährliche Abschreibung

☐ Ja, mit €
☒ Nein


Dezernat


Kämmerer
zur Kenntnis


Bürgermeister

Verteiler nach Beschlussfassung: _____

Genehmigungsvermerke: Antrag gestellt/ Liegt vor